

# «Das Defizit der Stadt Bern ist verkraftbar»

**SP-Co-Präsidentin im Gespräch** Lena Allenspach verteidigt die grosszügige Ausgabenpolitik der Stadt Bern. Nebst dem Anhäufen neuer Schulden werde bereits jetzt massiv gespart.

**Benjamin Bitoun**

**Lena Allenspach, am 27. November stimmt das Stadtberner Stimmvolk über ein weiteres Budget mit roten Zahlen ab. Schlafen Sie noch gut?**

Ja. Denn für dieses Budget gilt: Wir haben wichtige Investitionen, die wir nicht aufschieben können. Ausserdem enthält das Budget bereits Entlastungsmassnahmen in Höhe von 42 Millionen Franken. Das Defizit ist deshalb aus meiner Sicht verkraftbar.

**35 Millionen Franken Defizit, die Schulden wachsen auf 1,4 Milliarden Franken, die Reserven sind fast aufgebraucht – das macht Ihnen kein Bauchweh?**

Die letzte Rechnung fiel deutlich besser aus als prognostiziert. Aus einem Defizit von 41 Millionen wurde ein Plus von 5 Millionen Franken. Und Finanzdirektor Michael Aebersold hat gesagt, dass auch diese Jahresrechnung besser ausfallen werde als angenommen.

**Dennoch wächst der Schuldenberg.**

Die Schulden werden erst dann zum Problem, wenn die Handlungsfähigkeit der Stadt eingeschränkt wird. Und da sind wir nicht. Ein Nein zum Budget würde aber verhindern, dringend nötige Investitionen weiter voranzutreiben. Etwa in den Schulhausbau. Das ginge auf Kosten der Schwächsten, die auf die öffentliche Hand angewiesen sind.

**Die Welt heute ist aber eine andere als Anfang Jahr, als das Budget gemacht wurde. Krieg und Energiekrise verteuern die städtischen Projekte. Woher nehmen Sie Ihren Optimismus?**

Die Frage ist doch, was für die Bernerinnen und Berner jetzt wichtig ist. Wir bewegen uns immer noch in einer Krise. Wir erleben gerade einen massiven Kaufkraftverlust, und es herrscht Krieg in Europa. Gerade jetzt braucht es einen starken und sozialen Staat.

**Fakt ist doch: Die Stadt lebt über ihre Verhältnisse.**

Wir haben im letzten Jahr harte Entscheidungen gefällt und über 300 Sparmassnahmen diskutiert. Wir haben genau geprüft, worauf wir beim städtischen Haushalt verzichten können. Hinter dem beschlossenen Paket stehen wir weiterhin. Diese Massnahmen müssen nun bis 2025 ihre Wirkung entfalten.

**Auch mit diesen Sparmassnahmen steigen die Ausgaben der Stadt weiter. Im nächsten Jahr schafft sie 50 neue Stellen.**

Erstens stimmt diese Rechnung nicht. Denn über alles gesehen, werden im allgemeinen Haushalt rund 90 Stellen abgebaut. Und zweitens: Ja, für den Ausbau der Stadt braucht es zusätzliche Leute. Etwa für die neue Schwimmhalle oder die neuen Schulhäuser. Oder wollen Sie in Ihrer Freizeit als Bademeister arbeiten?

**Eigentlich nicht. Trotzdem: Die Steuereinnahmen sind heute 100 Millionen Franken höher als vor zehn Jahren – und Bern gibt mehr aus, als es einnimmt. Das ist doch keine nachhaltige Finanzpolitik.**

Die Stadt Bern wächst. Wir müssen in neuen Schulraum, in die Infrastruktur und in bezahlbaren Wohnraum investieren. Weiter gibt es Projekte, mit denen die Stadt im bürgerlichen Kanton eine Führungsrolle einnimmt. Das ist auch so gewollt.

**Hand aufs Herz: Braucht es eine städtische Fachstelle für Gleichstellung, wo doch schon Bund und Kanton identische Stellen betreiben?**

In gewissen Fällen ist es so, dass Bern damit bewusst politische Akzente setzt. So ist es einfach wichtig, dass es in der Stadt eine eigene Fachstelle für Gleichstellung gibt. Das wollen die Bürgerinnen und Bürger, die uns gewählt haben.

**Aber kann sich das Bern angesichts der knappen Finanzen noch leisten?**

Sie betreiben Schwarzmalerei. Die SP nimmt ihre Verantwortung in der Finanzpolitik wahr und wird dies auch weiterhin tun. Ich erinnere: Sämtliche Anträge, den beschlossenen Stellen



Die SP nehme ihre Verantwortung wahr, sagt Lena Allenspach, Co-Präsidentin der Stadtberner SP. Foto: Christian Pfander

**«Ich sehe im Moment keinen Bedarf für eine Steuererhöhung.»**

**Lena Allenspach**  
Co-Präsidentin SP Stadt Bern

lenabbau wieder rückgängig zu machen, haben wir in der Budgetdebatte abgelehnt.

**Dennoch packten Sie Schulden obendrauf. Für den Teuerungsausgleich fürs Stadtpersonal wurden zusätzlich 6 Millionen Franken ins Budget reingeschrieben. Dabei wurde noch nicht einmal verhandelt.**

Es handelt sich dabei um eine vorsichtige Budgetierung. Die Teuerung fällt deutlich höher aus

**Wie es zum Interview kam**

Diese Zeitung hat in den letzten Monaten mehrmals kritisch über die Berner Stadtfinanzen berichtet. In einem Kommentar wurde empfohlen, bei der bevorstehenden Budgetabstimmung Nein zu stimmen. SP-Co-Präsidentin Lena Allenspach hat sich daraufhin gemeldet. Im Sinne einer optimalen Meinungsbildung darf sie hier die Position der SP zur rot-grünen Finanzpolitik verteidigen. (bit)

als angenommen. Das Geld für den Ausgleich haben wir eingestellt, damit die Angestellten diesen am 1. Januar auch erhalten und nicht erst Mitte Jahr. Nun ist es an den Sozialpartnern, die Höhe auszuhandeln. Ohne Teuerungsausgleich erleiden die Angestellten einen Reallohnverlust.

**Stört es Sie nicht, dass damit ein kleiner Teil der Stadtbevölkerung in den Genuss eines Teuerungsausgleichs kommt, der dem Grossteil der Berner Berufstätigen verwehrt bleibt?**

Wir haben nur einen Hebel bei den städtischen Angestellten. Den Lohn von allen anderen können wir nicht direkt beeinflussen. Aber es gilt natürlich die Hoffnung, dass andere dem Beispiel der Stadt folgen.

**Glauben Sie wirklich, dass Unternehmen auf die Stadt schielen und ihr Verhalten entsprechend anpassen?**

Heute wissen wir: Viele Kantone und Unternehmen gleichen die Teuerung mehrheitlich aus. Eine hohe Teuerung trifft besonders Menschen mit tiefen Einkommen. Das sind diejenigen, welche in den städtischen Kitas täglich unsere Kinder betreuen oder unseren Abfall abholen. Sie sind angewiesen auf den Teuerungsausgleich.

**Für Ihre Partnerin, die Stadtpräsidentenpartei GFL, war die Vermischung von Teuerungsausgleich und Budget zu viel. Sie kritisiert, dass die Gewerkschaften in Bern nun politisch definitiv den Ton angeben. Ist das so?**

Ich kann die Kritik der GFL am Budgetprozess nicht nachvoll-

ziehen, und ich wehre mich dagegen, dass ein Nachkredit zur Regel werden soll. Ausserdem finde ich es für eine Regierungspartei unverantwortlich, zu einer Stimmenthaltung beim Budget aufzurufen. Zur Nähe zu den Gewerkschaften: Die SP war schon immer die Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter. Das ist in unserer DNA.

**Ist das Eigenkapital der Stadt aufgebraucht, muss das Budget dem Kanton vorgelegt werden. Das käme doch einem Versagen der rot-grünen Finanzpolitik gleich.**

Das Eigenkapital wird nicht aufgebraucht sein. Die Stadt hat weiterhin ein gutes Kredit-Ranking. Sie verfügt über einen Bilanzüberschuss von 80 Millionen Franken, ein gutes Polster in den Spezialfinanzierungen und über ein erhebliches Immobilienkapital. Die Situation bleibt angespannt. Die Zwangsverwaltung durch den Kanton ist aber Schwarzmalerei.

**Wann beantragt die SP zusätzlich dazu eine Steuererhöhung?**

Ich sehe im Moment keinen Bedarf dafür.

**Aber würden Sie im Zweifelsfall Hand bieten für weitere Sparmassnahmen, oder fordern Sie dann eine Steuererhöhung?**

Das sind Spekulationen. Wichtig ist, dass wir die angespannte Finanzlage im Auge behalten. Gleichzeitig sollten wir mit einem Ja zum Budget dafür sorgen, dass wir die Investitionen in die Infrastruktur und Klimamassnahmen den künftigen Generationen zuliebe nicht aufschieben, sondern anpacken.

**Senkrechtstarterin aus dem Berner Oberland**

Lena Allenspach (30) sitzt seit 2021 für die SP im Berner Stadtrat. Im gleichen Jahr übernahm die gebürtige Wenglerin die Leitung der Partei im Co-Präsidium mit Meret Schindler. Bis vor kurzem war die Politologin für die Gewerkschaft Syndicom tätig. Zudem arbeitet sie als Mediensprecherin für die SP Schweiz. (bit)

BE-Post

## Lehrkräfte auf dem Weg zum Burn-out

Liebe Christine Häslar

Neulich war ich an einer Diplomfeier für frischgebackene Lehrkräfte. Dort sass ich auf der Tribüne und blickte zu den jungen Leuten, die auf ihr Diplom und den Begleitbrief von Ihnen warteten. Das sind sie jetzt also, dachte ich, während ein Jazzduo den Abend eröffnete: die Fachkräfte, auf die sich alle stürzen werden; die Hoffnungsträgerinnen, um die sich die Schulen nun prügeln, weil der Mangel an Lehrpersonen gigantisch ist. Sie haben das Diplom zwar noch nicht in der Tasche, unterrichten aber spätestens seit August dort, wo es ihnen am besten passt. Und wenn es



ihnen dort mal nicht mehr gefällt, schnippen sie mit den Fingern und haben zehn neue Stellenangebote.

Ich weiss nicht, wie es Ihnen als Bildungsdirektorin ergeht, liebe Frau Häslar. Aber mich packte in diesem Moment der Neid auf diese Leute. Sie und ich, wir bewegen uns in Bran-

chen, in der die Selektion hart ist. Im ganzen Kanton Bern gibt es nur gerade sieben Jobs für Regierungsrätinnen und Regierungsräte. Ständig steht man im Fokus der Öffentlichkeit, wird kritisiert und hinterfragt. Und man kriegt nur befristete Verträge – denn alle vier Jahre entscheiden die Bernerinnen und Berner an der Urne, ob man den Job weiterhin machen darf. Was für ein Nervenkrieg. Vernünftig betrachtet lässt man so was besser sein.

Auch im Journalismus gibt es meist mehr Bewerbungen als Stellen. Mir wurde deshalb schon vor über zwanzig Jahren geraten, dass ich mir besser einen anderen Job suchen

sollte. Die Branche sei im Umbruch, Zeitungen gebe es bald keine mehr, höchstens noch zehn Jahre. Vergiss es, sagte man mir, du wirst nie von diesem Beruf leben können. Und falls du mal reinkommst in diese Medienwelt, musst du ihr alles unterordnen. Sei vernünftig, lass es sein. Werde Lehrerin. Da weisst du, was du hast.

Daran erinnerte ich mich, als der erste Redner an der Diplomfeier zum Mikrofon griff. Doch mit jeder Person, die vor den jungen Lehrkräften sprach, verblasste mein Neid immer mehr. Denn Lehrerin oder Lehrer zu sein, so lernte ich an diesem Abend, ist hochgefährlich.

Dass man die ersten beiden Berufsjahre «überlebt», ist offenbar höchst unsicher. Denn meistens verheizt man sich zwischen den Ansprüchen von Eltern, Kindern und sich selbst. Erst wenn man diese sogenannte «Survival Stage» überlebt hat, kann man wirklich den Beruf ausüben.

Aber auch später lauert immer wieder fies grinsend hinter jeder Ecke das Burn-out. Denn eigentlich wird ein Job von einem verlangt, den man gar nicht erfüllen kann, wenn man ihn denn gut machen will. Es sagte an diesem Abend zwar niemand, aber der Subtext war klar: Vernünftig betrachtet lässt man so was besser sein.

Später, ein Glas Weisswein in der Hand, war ich froh, nicht Lehrerin geworden zu sein.

Und ich hoffte, dass die frisch diplomierten Lehrkräfte zwar auf sich achten, die Schwarzmalerei aber nicht zu ernst nehmen. So wie ich vor über zwanzig Jahren.

Optimistische Grüsse

**Sandra Rutschi**

Am Wochenende gibt es Post von der Redaktion. In der «BE-Post» schreiben wir an Menschen oder Gegenstände, die uns nerven, inspirieren oder schmunzeln lassen. [be-post@tamedia.ch](mailto:be-post@tamedia.ch)